

12. Juli 2021

Frist zum 2. August 2021

***Auswirkungen der neuen Umwelt-, Klimaschutz- und Energiebeihilfeleitlinien
(KUEBLL) auf Ihr Unternehmen –
alle Antragsteller der Besonderen Ausgleichsregelung sind betroffen!***

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Diskussion um die Novellierung der „**Leitlinien für staatliche Umwelt-, Klimaschutz- und Energiebeihilfen 2022**“ ist mit der Veröffentlichung des entsprechenden Entwurfs durch die EU-Kommission entbrannt. Es zeichnet sich ab, dass durch die neuen KUEBLL die Rahmenbedingungen einer Inanspruchnahme von Beihilfen durch energieintensive Unternehmen in Deutschland ganz wesentlich angepasst werden. Es steht zu befürchten, dass viele Unternehmen beispielsweise die **Besondere Ausgleichsregelung** zur Begrenzung der EEG-Umlage zukünftig gar nicht mehr oder in einem wesentlich reduzierten Umfang werden in Anspruch nehmen können.

Es geht also um Vieles, sehr Vieles!

Nach unseren Wahrnehmungen in den vergangenen Tagen und Wochen überblicken viele Unternehmen derzeit noch nicht die Auswirkungen der sich abzeichnenden Neuerungen. Wir haben die Diskussionen der vergangenen Monate eng begleitet und können stromkostenintensiven Unternehmen nur dringend empfehlen, sich möglichst kurzfristig einen Überblick über die Neuerungen zu verschaffen, um die Auswirkungen für das jeweilige Unternehmen erkennen und für sich bewerten zu können.

Gerne unterstützen wir Sie bei einer Auswertung der KUEBLL auf Ihr Unternehmen mit einem

„Quick-Check“.

...

Außerdem raten wir betroffenen Unternehmen dringend dazu, sich an der bis zum

2. August 2021 laufenden Konsultation

zu beteiligen.

Im Folgenden finden Sie einen kurzen **Überblick** zu den von der Kommission vorgeschlagenen Neuerungen der KUEBLL, aus dem schnell klar wird, welche tiefgreifenden Veränderungen auf energiekostenintensive Unternehmen zukommen:

- Es sollen nur noch Unternehmen privilegierungsfähig sein, die in einem Wirtschaftszweig tätig sind, der auf Unionsebene eine Stromkostenintensität von mind. 10% und eine Handelsintensität von mind. 20% oder eine Stromkostenintensität von mind. 7% und eine Handelsintensität von 80% aufweist. Damit entfällt die Fördermöglichkeit für Unternehmen mit einer Stromkostenintensität von mind. 4%, die einem Wirtschaftszweig mit einer Handelsintensität von mind. 20% auf EU-Ebene angehören, gänzlich. Die auf dieser Grundlage noch förderfähigen Wirtschaftszweige ergeben sich aus Anhang I des Leitlinienentwurfs. Die **bisherige Liste förderfähiger Branchen** fällt **erheblich kürzer aus**, zahlreiche Wirtschaftszweige fallen angesichts der geänderten Ermittlungsgrundlage vollständig heraus. Auf nationaler Ebene wird sich insofern ein Anpassungsbedarf hinsichtlich der Listen 1 und 2 der Anlage 4 zum EEG ergeben. Welche Branchen künftig noch von der Anlage 4 des EEG erfasst sein werden und welche herausfallen werden, haben wir in der diesem Schreiben als **Anlage** beigefügten Grafik kenntlich gemacht.

Zu den herausfallenden Branchen zählen u.a. die (NICHT abschließende Aufzählung)

- „Herstellung von Wellpapier und -pappe sowie von Verpackungsmitteln aus Papier, Karton und Pappe“ (WZ-Code 17.21),
 - die „Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe“ (WZ-Code 17.22),
 - die „Herstellung von Industriegasen“ (WZ-Code 20.11) sowie
 - „Stahlgießereien“ (WZ-Code 24.52) und „Leichtmetallgießereien“ (WZ-Code 24.53).
- Es soll eine noch nicht genau bezifferte **Mindestschwelle in Euro/MWh** eingeführt werden. Nur wenn bei Kumulation der dem Unternehmen auferlegten Umlagen diese Schwelle erreicht bzw. überschritten wird, kann es überhaupt in den Anwendungsbereich der Reduktionsregelungen fallen. Neben der Branchenzugehörigkeit wird damit eine weitere Grundvoraussetzung für die Umlagereduktion geschaffen.
 - Das derzeit maßgebliche Cap für Umlagebegrenzungen zugunsten energieintensiver Unternehmen von 15% wird auf 25% angehoben, sodass künftig eine Reduktion der EEG-Umlage nur noch auf maximal 25% des Umlagebetrags zulässig wäre. Das Super-Cap soll nach dem Entwurf von 0,5% auf 1,5% der Bruttowertschöpfung angehoben werden.

- Es werden weitere **Erfordernisse** mit Blick auf die angestrebte Steigerung der Energieeffizienz und der Dekarbonisierung eingeführt, an die die Beihilfengewährung auf nationaler Ebene geknüpft werden muss. Unternehmen müssen danach mindestens eine der nachfolgenden Vorgaben umsetzen:
 - die **Empfehlungen im Audit-Bericht umsetzen**, soweit die Amortisationszeit für die einschlägigen Investitionen 3 Jahre nicht übersteigt und die Kosten für ihre Investitionen angemessen sind,
 - den CO₂-Fußabdruck ihres Stromverbrauchs verringern, sodass sie **mindestens 30 % ihres Strombedarfs aus CO₂-freien Energiequellen** decken,
 - einen erheblichen Anteil von **mindestens 50 % des Beihilfebetrags in Vorhaben investieren, die zu einer erheblichen Verringerung der Treibhausgasemissionen der Anlage** führen.

Was können diese Änderungen perspektivisch für Ihr Unternehmen bedeuten?

- Sie können künftig **aus dem Anwendungsbereich der Besonderen Ausgleichsregelung** nach §§ 63 ff. EEG 2021 **herausfallen**, wenn Ihr Unternehmen keinem Wirtschaftszweig angehört, der von der dann in Einklang mit Anhang I der Beihilfeleitlinien gekürzten Anlage 4 des EEG erfasst ist. Die Inanspruchnahme einer entsprechenden Umlageprivilegierung scheidet dann von vornherein aus. Insofern ist die genaue Zuordnung Ihres Unternehmens zu den Wirtschaftszweigen der WZ-Klassifikation 2008 noch relevanter als bereits bislang. Sollten Sie unter eine Branche fallen, die nicht länger von der Anlage 4 des EEG erfasst ist, sollte unbedingt geprüft werden, ob die **Zuordnung zu einem anderen, in der Anlage 4 des EEG genannten Wirtschaftszweig** möglich ist.
- Die Ihnen gewährte **Umlagereduzierung fällt** nicht nur aufgrund der Anhebung des Caps und Super-Caps **geringer** aus, sondern Sie steht Ihnen im Rahmen der oben dargestellten Optionen zumindest zu 50% auch insofern faktisch nicht mehr frei zur Verfügung, als dass die Hälfte der Reduktion in Projekte zur Dekarbonisierung investiert werden muss. Dies kann eminente Auswirkungen auf Ihre lang- und kurzfristige Planung in finanzieller Hinsicht entfalten. Zugleich müssen entsprechende Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen eruiert werden, die technisch und finanziell umsetzbar sind.
- Analog zu den vorstehenden Aspekten kann Ihnen auch der **Verlust der KWKG-Umlagereduktion** nach § 27 KWKG drohen, da Voraussetzung dieser Reduktion das Vorliegen eines Begrenzungsbescheids nach §§ 63 ff. EEG ist. Außerdem erfolgt die Ermittlung der KWKG-Umlagereduktion in entsprechender Anwendung der Vorgaben des § 64 Abs. 2 EEG 2021, sodass sich in diesem Rahmen auch die Anhebung des Caps und Super-Caps unmittelbar auswirken. Auch die **Reduktion der KWKG-Umlage** wird damit **geringer** ausfallen. Es muss außerdem damit gerechnet werden, dass hier ebenso

die weiteren Voraussetzungen und damit insbesondere auch das Erfordernis zur Investition in Projekte zur Treibhausgasemissionsreduktion Anwendung finden werden.

Soweit die Kommission im weiteren Verfahren an der jetzigen Entwurfsfassung festhält, sind damit ab dem Jahr 2022 gravierende Auswirkungen insbesondere auf stromkostenintensive Unternehmen zu erwarten. Angesichts des Umstandes, dass die novellierten Leitlinien bereits ab dem 1.1.2022 gelten werden, gilt es, sich schnell und umfassend einen Überblick über die unternehmensindividuellen Auswirkungen zu verschaffen und mögliche Strategien zum Umgang mit diesen zu erarbeiten.

Der o.g. **Quick Check** dient auf der **ersten Stufe** dazu, die zentralen Auswirkungen der geplanten Leitlinien auf Ihr Unternehmen für Sie individuell zu identifizieren. Zu diesem Zweck führen wir eine Betroffenheitsanalyse basierend auf den uns von Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen über ihr Unternehmen durch. Aufbauend auf dieser Betroffenheitsanalyse können in einer **zweiten Stufe** sodann weitere Maßnahmen abgeleitet werden, die mit Blick auf die Geltung der Beihilfeleitlinien ab dem Jahr 2022 und daraus (perspektivisch) resultierenden Gesetzesänderungen auf nationaler Ebene erforderlich werden, damit Ihr Unternehmen auf die anstehenden Änderungen optimal vorbereitet ist (**unternehmensspezifische Identifikation von Maßnahmen zur Risikominimierung**).

In diesem Zusammenhang werden unter anderem folgende Leistungen Teil des Quick-Checks sein. Natürlich werden wir die Inhalte des Auftrages individuell an die Gegebenheiten Ihres Unternehmens anpassen.

- Detaillierte Darstellung der konkreten Änderungsvorhaben im Zusammenhang mit der Reduktion von Umlagen für stromkostenintensive Unternehmen,
- Analyse der aus den Änderungen unmittelbar resultierenden Betroffenheiten Ihres Unternehmens, wobei sich der Fokus insbesondere auf folgende Aspekte richtet:
 - Zuordnung ihres Unternehmens im Rahmen der WZ-Klassifikation,
 - Überschreitung der neuen Mindestschwelle bei Summierung aller Ihrem Unternehmen auferlegten Umlagen,
 - Veränderungen bei der Umlagehöhe durch Änderungen des Caps und Super-Caps,
 - sofern relevant: Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der KWKG-Umlagereduktion,
- Erarbeitung weiterer Schritte und konkreter Maßnahmen, die Sie im Hinblick auf die zu erwartenden Änderungen ergreifen können/sollten.

Sollten Sie Interesse an unserem Quick-Check haben, kommen Sie gerne auf uns zu oder füllen Sie das anliegende Formular aus.

Zudem hat die Kommission zu dem nun vorliegenden Entwurf der Umwelt-, Klimaschutz- und Energiebeihilfeleitlinien die Möglichkeit zur Einreichung einer Stellungnahme bis zum **2. August**

2021 eingeräumt. Nutzen Sie diese Möglichkeit, um Ihre individuellen Betroffenheiten und Interessen darzustellen – nur wer sich jetzt äußert, hat ein Chance darauf, Gehör zu finden.

Gerne unterstützen wir Sie auch bei der Erstellung einer solchen Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael H. Küper

Stefan Krakowka

Simon Fahrenholz

Quick-Check „Unternehmensindividuelle Auswirkungen der europäischen Umwelt-, Klimaschutz- und Energiebeihilfeleitlinien (KUEBLL)“

Bitte kreuzen Sie auf diesem Formular an, welche Unterstützungsleistung Sie wünschen. Sie erhalten nach Rücksendung das von Ihnen gewünschte individuelle Angebot unseres Hauses. Vielen Dank!

- ☐ Ich bin an den Leistungen eines **individuellen Quick-Checks** zu den Auswirkungen der Leitlinien für staatliche Umwelt-, Klimaschutz- und Energiebeihilfen auf mein Unternehmen interessiert. Bitte senden Sie mir ein verbindliches Angebot zu.
- ☐ Ich bin an einer Unterstützung im Rahmen der Erstellung einer **Stellungnahme** zum Entwurf der Leitlinien für staatliche Umwelt-, Klimaschutz- und Energiebeihilfen interessiert.

Achtung! Fristablauf 2. August 2021

- ☐ Ich bin an einer **unternehmensindividuellen Unterstützung über den Quick-Check** hinaus interessiert. Bitte sprechen Sie mich an.

Name, Vorname

Position

Unternehmen

Telefon, Fax

E-Mail

**Bitte faxen Sie das Antwortblatt an die Faxnummer 0211 981 – 4011 oder
senden Sie das eingescannte Antwortschreiben an:**

michael.kueper@pwc.com